

Berlin, Mittwoch,

Die Zeitung erscheint in der Woche
zweimal.

Bezugs-Preis

vierteljährlich

für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Postzuschlag,
für ganz Deutschland 9 Mk.,
Oesterreich 18 Kr. 82 Hdl., Rußland
& Nord. 55 Kop., Holland 7 fl. 50 Gld.

für Frankreich, Belgien, England,
Schweiz, Amerika usw. Kreuzband
Sendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen:
für England in London bei
Hug. Siegle 20 Lime Street E.C. und
Cowie & Co. 19 Great Street E.C.

Telegraphen-Adresse:

Börsefronte.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37.
Annahme der Inserate: In der Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen

Verdingungs-Anzeiger.

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Preislisten der

Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Ferienskalender

mit Restanten-Listen

und viele andere wichtige tabellarische

Uebersichten.

Inserations-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 50 Pf.

Restantenteil 1 Mk.

Fernsprecher:

Ant I, Nr. 243.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Siezu als IV. Beilage: Verdingungs-Anzeiger.

Vom Tage.

Der Reichstag nahm gestern die Wechselstempels-Feuernovelle in zweiter Lesung sowie die Vorlage wegen der Preisfestsetzung auf Schlachtviehmärkten in dritter Lesung an.

Unter dem Verdacht der Depotunterschlagung wurden gestern in Goslar die beiden Inhaber der fallierten Bankfirma Bösenberg & Co., F. Bösenberg und G. Henze, verhaftet.

In den Häufterrümmern von Mexiko brach eine heftige Feuersbrunst aus. Da die Löscherzeuge erfolglos blieben, mußte man sich darauf beschränken, den Brand zu isolieren.

Gestern ist der Vertrag über die Fusion der A.-G. für Feld- und Kleinbahnen-Betrieb vorm. Orenstein u. Koppel und der Arthur Koppel A.-G. unterzeichnet worden.

Deutschland und das chinesische Schulwesen.

Im Reiche der bezopften Söhne gab es bisher keinen Schulzwang. Bei dem ausgesprochenen und sehr anerkanntem Wert der Bildungsbrenge des Volkes ließ jedoch jeder, der die Kosten dafür irgend erschwern konnte, seinen Kindern Unterricht erteilen. Das vor vollkommene Privatfache, denn vom Staat unterhaltene Elementarschulen gab es noch nicht. Jetzt sollen sie errichtet und bei der Gelegenheit zu gleicher Zeit der Schulzwang eingeführt werden. Den hohen Provinzialmandarinen sind aus Peking darüber die folgenden Verordnungen zugegangen: 1) Die Generalgouverneure und Gouverneure werden hierdurch angewiesen, im Laufe eines Jahres in jeder der verschiedenen Hauptstädte der Provinzen wenigstens 100 Volksschulen zu eröffnen, die alle Platz für fünfzig Kinder haben müssen. Die Regierung wird die Kosten bestreiten. 2) Wohlhabende Chinesen sollten daneben noch möglich viele weitere gleichartige Anstalten errichten. Auch ist es ihnen zu empfehlen, in ihren Bezirken Vereine zu gründen, die sich die Förderung des Schulwesens angelegen sein lassen. 3) Alle Knaben, die über 8 Jahre alt sind, müssen die Schule besuchen, sonst haben ihre Eltern oder Verwandten Strafe zu gewärtigen. Sind keine Verwandte da, dann fällt den Beamten die Verantwortung für die Erziehung der betreffenden Knaben zu. 4) Wer aus eigenen Mitteln eine Schule errichtet, wird dafür eine angemessene Belohnung erhalten. 5) Jeder Bezirk muß, abgesehen von den Schulen in den Hauptstädten, vierzig und jede Stadt sowie jedes Dorf deren eine oder zwei haben. 6) Die Generalgouverneure und Gouverneure haben über die Eröffnung der Anstalten zu berichten, worauf ein Beamter aus Peking kommen wird, um sie zu inspizieren.

Es freut sich an sich diese Verordnungen sind, so werden die Leistungen der Schulen doch immerhin recht mittelmäßige bleiben, so lange nicht genügende Lehrkräfte vorhanden sind; nur die Missionsanstalten können solche stellen, die der chinesischen Sprache mächtig sind, aber die Mandarinen werden aus leicht begreiflichen Gründen nicht geneigt sein, das Lehrpersonal von den Missionen zu beziehen. Es ist daher mit Freude zu begrüßen, daß auch Deutschland damit beginnen will, systematisch in China eine Anzahl von

Schulen zu errichten, die mit einer Art Realschule beginnen, mit einer technischen Hochschule enden würden, in der Chinesen durch deutsche Lehrkräfte, nachdem sie in der ersten Deutsch gelernt und die erforderlichen Vorkenntnisse erlernt haben, technischen, medizinischen, staatswissenschaftlichen, forst- und landwirtschaftlichen Unterricht je nach Bedarf und Wunsch erhalten würden.

Die Amerikaner haben es ausgezeichnet verstanden, amerikanische Institutionen in China zu schaffen, die man als eine Grundlage für ein erzieherisches Bündnis zwischen der Union und dem Reiche der Mitte bezeichnen könnte. In einem Artikel „Der amerikanische Geist in der chinesischen Erziehung“, den die Zeitschrift „Outlook“ veröffentlicht und aus dem der frühere deutsche Gesandte M. v. Brandt interessante Einzelheiten veröffentlicht, wird dieser amerikanischen Institution Erwähnung getan. Nach diesem Aufsatz hat die deutsche Schule in Kanton Pläne für ihre Ausbreitung und Entwicklung, die 1 Million Dollars, über 4 Millionen Mark, in Anspruch nehmen werden; sie spielt jetzt schon eine bedeutende Rolle in der Frage westlicher Erziehung in Süd-China; die Peking-Universität, die vor 53 Jahren als eine Schule für Knaben begann, enthält heute eine Schule für die freien (schönen) Künste, eine Medizinschule, eine Rechtsschule und eine Industriehochschule; sie hatte 1907 401 Schüler, die allen Klassen von den vornehmsten bis zu den niedrigsten angehören. Die berühmteste amerikanische Schule ist St. Johns College bei Shanghai, in dem die Zahl der Schüler auf 330 beschränkt ist und der Unterricht von 14 fremden und 24 chinesischen Lehrern nur in englischer Sprache erteilt wird. In Shanghai in Hunan ist von der Yale-Universität in den Ver. Staaten die Post-Schule gegründet worden und wird von den Klammern und Studenten der Universität unterhalten. Außerdem besteht noch eine größere Anzahl von amerikanischen Missionen gegründeten und von ihnen unterhaltenen höheren und niederen Schulen.

Die amerikanische Beteiligung an der chinesischen Erziehung hat bereits angefangen, Früchte zu tragen, u. a. darin, daß eine ganze Anzahl von in den Vereinigten Staaten erzogenen oder auf dortigen Universitäten ausgebildeten Studenten höhere Ämter bekleiden, so z. B. die viel genannten Tang Shao-ji und Kiang Lim-hen. Im vorigen Jahre waren 155 chinesische Studenten in den Vereinigten Staaten, die von der chinesischen Regierung oder den Provinzialregierungen unterhalten werden; außerdem sollen ungefähr 200 chinesische Studenten in Amerika sein, die auf ihre eigenen Kosten studieren. Von den 98 von verschiedenen Ämtern sind 19 Eisenbahn-Ingenieure, 13 andere Techniker, 9 Bergbauingenieure und 16 studieren Handel, während sich 8 in Vorstudien befinden. Die anderen verteilen sich auf verschiedene Zweige. Der Aufsatz im „Outlook“ schließt mit den Worten: „Sicher in unseren jetzigen heimatischen Märkten und in dem, was beinahe einem nationalen Provinzialismus oder einer insularen Lage gleichkommt, würdigen wir jetzt nicht genügend die Wichtigkeit, für zehn oder zwanzig Jahre voraus zu sorgen. Aber Zeit und Flut warten auf niemanden. Was wir mit Bezug auf die enormen Kräfte des neuen China tun wollen, muß schnell und entschieden geschehen. In Amerika muß wie in China ein Erwachen sein, ein Erwachen für unsere Aufgaben im Stillen Meer und für die außerordentliche Gelegenheit, die die dem Osten entgegen-gestreckte Hand uns bietet.“ Auch die französischen Missionare unterrichten in fünf Hochschulen und 72 anderen Schulen in China gegen 25353 Schüler. Angeht es dieser Verhältnisse können die Verträge der deutschen Regierung, den fernem Osten und Deutschland einander näher zu bringen, nur mit Freuden begrüßt werden. Den ersten Schritt hat sie durch Errichtung der Medizinschule in Shanghai

getan, ganz abgesehen von der Gründung einer deutsch-chinesischen Elementarschule in Tientsin, die ausgezeichnete Erfolge bereits aufzuweisen hat. Der Etat für Kiautschou enthält weitere Forderungen für den Bau und die Unterhaltung oben genannter Schulen, und das dank den Bemühungen des deutschen Kommissars Dr. Franke erzielte Ueber-einkommen, nach dem die chinesische Regierung sich zu namhaften Beiträgen für die Gründung einer deutschen Universität in Tjingtau verpflichtet, dürfte ein weiterer erfreulicher Erfolg für die Förderung des Deutschlands sein. Das deutsche Schulwesen zu fördern, heißt deutsche Kultur und auch deutsche Industrie in China gebührend bekannt machen, und deshalb muß es Sache der Regierung und des Parlaments sein, die Mittel für eine gezielte Ausgestaltung der geplanten Lehr-anstalten zu fordern und zu bewilligen.

W.—s.

Telegramme.

Goslar, 19. Januar. (Priv.-Tel. d. B. B. Z.) Die beiden Inhaber der fallierten Bankfirma Bösenberg & Co., Friedrich Bösenberg und Hugo Henze, wurden heute mittig unter dem Verdacht der Depot-unterschlagung verhaftet.

Bremen, 19. Januar. (G. L. G.) Das Schulschiff des Deutschen Schulschiffvereins „Großherzogin Elisabeth“ ist wegen einer Reparatur des Untergerichts entgegen dem ursprünglichen festgesetzten Abfahrstermin erst am 19. Januar von St. Thomas direkt nach Havana abgegangen. Von letzterem Hafen wird es seine Heimreise am 15. Februar antreten.

Stuttgart, 19. Januar. (G. L. G.) Die zweite Kammer verhandelte heute nachmittags über Anfragen der Volkspartei und des Zentrums betreffend die Haltung der Regierung zur Gas- und Elektrizitäts-, sowie zur Flaschenweinsteuer. Der Ministerpräsident erklärte, die Regierung sei von der Ueberzeugung durchdrungen, daß eine durchgreifende Reichsfinanzreform sowohl im Interesse des Reiches wie der Einzelstaaten geboten sei. Da der Flaschenwein in Württemberg eine untergeordnete Rolle spiele und infolgedessen von einer Schädigung der Weingärtner nicht gesprochen werden könne, habe sich die Regierung für die Flaschenweinsteuer ausgesprochen. Die vielen Bedenken gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer verneine die Regierung nicht; sie müßte sich aber überzeugen, daß dieser Vorstoß nicht abzulehnen sei ohne gleichzeitigen Ersatz. Einen solchen Ersatzvorschlag mit Aussicht auf Erfolg zu machen, sei die Regierung nicht in der Lage gewesen. Unter diesen Umständen sei die Regierung diesen beiden Steuern nicht grundsätzlich entgegengetreten. Sie habe ihnen ihre Zustimmung gegeben, nachdem sie den Steuern erhebliche Ab schwächungen vorgenommen worden seien und namentlich, nachdem sie die Zustimmung erhalten habe, daß die Flaschenweinsteuer nicht zu einer allgemeinen Reichssteuer ausgedehnt werde. Der Finanzminister begründete darauf die Haltung der Regierung ausführlicher.

Strasbourg i. G., 19. Januar. (G. L. G.) Mehrere Blätter melden, daß der Rektor der hiesigen Universität eine Sympathie Kundgebung des Vereins Deutscher Studenten zugunsten der deutschen Studenten in Prag bereitet habe. Wichtig ist, daß der Rektor dem Verein erklärte, er würde die Versammlung nicht verbieten, rate aber von ihrer Einberufung als ungewisshaltig ab, da sie nach der Zusammensetzung der hiesigen Studentenschaft zu Gegendemonstrationen führen könne. Diese Auffassung, die von höheren Beamten und zahlreichen Professoren, denen sie der Rektor kundgab, geteilt wurde, entsprang selbstverständlich nicht Mitleidlichkeit auf die Tschechen oder auf französisch gesinnte Geister, sondern lediglich solchen auf die Wahrung von Ruhe und Frieden in der Studentenschaft.

Paris, 19. Januar. (G. L. G.) Senat. In der heutigen Sitzung wurde über den Gesetzentwurf betreffend Anlegung eines neuen Hafens in der Gironde von Marseille verhandelt. Vice-Präsident Guerville erklärte, die Nachbarn Frankreichs seien zur Vergrößerung ihrer dem Handel dienenden maris-